31.07.2023

Drucksache 150/23

Erweiterung der Angaben im Beteiligungsbericht

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Finanzen und Konzernsteuerung	30.08.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreisausschuss	18.09.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	19.09.2023	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Steuerungsdienst
Berichterstattung	Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke

Budget	01	Zentrale Verwaltung
Produktgruppe	01.01	Gesamtsteuerung und Finanzwirtschaft
Produkt	01.01.03	Kommunalaufsicht und Beteiligungen

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Klimarelevante Auswirkungen keine positive negative

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt,

1. die Bezüge der Mitglieder in den Aufsichts- und Verwaltungsräten der Beteiligungen des Kreises Unna unter Namensnennung für jedes Mitglied zukünftig im Beteiligungsbericht auszuweisen,
2. die Bezüge von Geschäftsführungen und Vorständen der Beteiligungen des Kreises Unna unter Namensnennung zukünftig im Beteiligungsbericht auszuweisen,
3. den Frauenanteil in allen Gremien der Beteiligungen zukünftig im Beteiligungsbericht auszuweisen.

Sachbericht

In seiner Sitzung am 13.12.2022 hat der Kreistag des Kreises Unna den Landrat einstimmig beauftragt,

- a) in Abstimmung mit den Beteiligungen des Kreises Unna rechtlich prüfen zu lassen, inwieweit die Bezüge der Mitglieder in den jeweiligen Gremien der Gesellschaften in zukünftigen Beteiligungsberichten veröffentlicht werden können. Ebenso ist der Frauenanteil in allen Gremien der Beteiligungen mit auszuweisen.
- b) bei einem positiven rechtlichen Bescheid darauf hinzuwirken, dass die unter a) genannten Daten zukünftig in den Beteiligungsbericht des Kreises einfließen.
- c) über die Ergebnisse der Gespräche und Prüfungen spätestens in der Sitzung des Kreistages im September 2023 zu berichten und notwendigen Beschlüsse zu a) und b) zu diskutieren und abstimmen zu lassen.

Die Beteiligungsverwaltung (Steuerungsdiens – FD10) hat den zu Grunde liegenden Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag in Abstimmung mit den Beteiligungen des Kreises und unter Hinzuziehung des Datenschutzbeauftragten geprüft und die vorstehenden Beschlussvorschläge erarbeitet.

Hinsichtlich einer Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder in den jeweiligen Gremien der Gesellschaften im Beteiligungsbericht ist zwischen den Gremien Aufsichtsrat/Verwaltungsrat einerseits und dem Gremium der Gesellschafterversammlung andererseits zu unterscheiden.

Veröffentlichung der Bezüge von Mitgliedern in Aufsichts- und Verwaltungsräten

Mit dem Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen (Transparenzgesetz) vom 17. 12.2009 wurde die namentliche Offenlegungspflicht von Bezügen an Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder ähnlicher Einrichtungen in öffentlichen Unternehmen eingeführt und die Regelungen der §§ 108 und 114 a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) entsprechend erweitert.

So darf die Gemeinde nach § 108 Abs. 1 Nummer 9 der GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge i. S. d. § 285 Nr. 9 Handelsgesetzbuch (HGB) der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppe unter Aufgliederung nach Komponenten i. S. d. § 285 Nr. 9 lit. a HGB angegeben werden.

Aufgrund der in § 108 Abs. 2 GO NRW normierten Hinwirkungspflicht zur Anpassung der gesellschaftsvertraglichen Regelungen an die Rechtsänderung wurden die Gesellschaftsverträge sukzessive angepasst. Mittlerweile beinhalten die Gesellschaftsverträge sämtlicher Beteiligungen des Kreises Unna in privater Rechtsform, welche über einen Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat verfügen, eine Regelung zur personenindividuellen Angabe der Bezüge der Mitglieder des Aufsichts- bzw. Verwaltungsrates im Jahresabschluss.

Bei Anstalten des öffentlichen Rechts sind die für die Tätigkeit gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses nach § 114 a Abs. 10 ebenfalls unter Namensnennung anzugeben.

Da Jahresabschlüsse nach der Regelung des § 325 HGB im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichen sind und es sich somit bei den Bezügen für Aufsichts- und Verwaltungsratsmitglieder um allgemein öffentlich zugängliche Informationen handelt, bestehen auch keine datenschutzrechtlichen Bedenken die Bezüge an die

Mitglieder in den Aufsichtsräten der unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen des Kreises Unna unter Namensnennung für jedes Mitglied zukünftig im Beteiligungsbericht auszuweisen. Auch wenn das Muster zum Beteiligungsbericht in der Anlage zur GO NRW eine Veröffentlichung von Bezügen nicht vorsieht, steht dies einer Veröffentlichung nicht entgegen, da das Muster lediglich Mindestangaben vorgibt, welche bei Bedarf ergänzt werden können.

Veröffentlichung der Bezüge von Geschäftsführungen und Vorständen

Bei Beschäftigung mit den im Antrag als Beispiele genannten Beteiligungsberichte der Städte Dortmund und Oberhausen fiel auf, dass neben den Bezügen der Aufsichtsratsmitglieder auch die der Vorstände und Geschäftsführungen ausgewiesen sind.

Aufgrund der o.a. Regelungen der GO NRW gelten für die Bezüge der Geschäftsführungen und Vorstände entsprechende Regelungen zur Veröffentlichung wie bei Mitgliedern von Aufsichts- und Verwaltungsräten, so dass der Kreistag den Landrat mit der Veröffentlichung im Beteiligungsbericht beauftragen kann.

Es erscheint zweckmäßig, mit diesem Beschluss eine Entscheidung über die Veröffentlichung der Bezüge der Geschäftsführungen und Vorstände zu treffen. Der Beschlussvorschlag wurde um den Punkt 2. erweitert, damit dem Kreistag diese Option der Erweiterung der Angaben im Beteiligungsbericht offensteht.

Veröffentlichung des Frauenanteils in allen Gremien der Beteiligungen

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Das Muster zum Beteiligungsbericht in der Anlage zur GO NRW sieht eine Veröffentlichung des Frauenanteils lediglich für die Zusammensetzung von Aufsichtsgremien bei unmittelbaren Beteiligungen vor. Da das Muster jedoch nur Mindestangaben vorgibt, steht dies einer Veröffentlichung des Frauenanteils in allen Gremien bei unmittelbaren wie mittelbaren Beteiligungen nicht entgegen. Datenschutzrechtliche Bedenken sind ebenfalls nicht ersichtlich.

Veröffentlichung der Bezüge von Mitgliedern in Gesellschafterversammlungen

Zur abschließenden rechtlichen Beurteilung der Frage, inwieweit eine Veröffentlichung der Bezüge von Mitgliedern der Gesellschafterversammlungen zulässig ist, bedarf es der Klärung, ob eine gesetzliche Grundlage hierfür existiert oder ob die Voraussetzungen durch einen Beschluss des Kreistages geschaffen werden können.

Es handelt sich beim Gremium der Gesellschafterversammlung nicht um eine „ähnliche Einrichtung“ im Sinne des § 108 Abs. 1 Nummer 9 der GO NRW. Aus dem Gesetzentwurf zum Transparenzgesetz¹ ergibt sich, dass mit dem Gesetz dem Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Vergütungen für Vorstände und Geschäftsführer sowie die Mitglieder von Aufsichtsgremien Rechnung getragen werden soll. Die Gesellschafterversammlung ist gerade kein Aufsichtsgremium; vielmehr entscheidet sie über die Zusammensetzung des Aufsichtsgremiums. Sonstige gesetzliche Regelungen, die eine Veröffentlichung der Bezüge von Mitgliedern der Gesellschafterversammlung vorsehen, sind nicht erkennbar.

Eine eingehende Prüfung durch den behördlichen Datenschutzbeauftragten² des Kreises Unna zeigt, dass die Mitglieder der Gremien Grundrechtsträger sind und Eingriffe in ihre Grundrechte einer Rechtsgrundlage bedürfen. Mittels eines Kreistagsbeschlusses kann eine derartige gesetzliche Regelung nicht geschaffen werden. Es besteht für den Kreistag zwar prinzipiell die Möglichkeit der Rechtsetzung durch Satzungserlass, doch auch jede Satzung muss mit höherrangigem Recht im Einklang stehen. Hier wird auf die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verwiesen, die in Art. 6 enge Anforderungen bei Eingriffen in das

¹ vgl. Drucksache 14/10027 Landtag Nordrhein-Westfalen

² Stellungnahme Herr Janzen vom 28.07.2023

Recht der informationellen Selbstbestimmung stellt, die hier nicht erfüllt werden können.

Es wird in der Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten deutlich, dass unter Beachtung der Gesetzgebungskompetenzen in Deutschland einer kommunalen Vertretungskörperschaft eine über die durch den Bund- und/oder Landesgesetzgeber geschaffenen Eingriffsbefugnisse hinausgehende Grundrechtseinschränkung nicht möglich ist.³

Eine eigenständige Befugnis zur Schaffung einer Pflicht zur Veröffentlichung der Bezüge von entsandten Mitgliedern in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungen des Kreises Unna steht dem Kreistag somit nicht zur Verfügung.

Anlagen

keine

³ VGH München, vom 27.02.2017 – 4 N 16.461 (3.)